Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 38 (2012)
Heft: 6

Artikel: Sozialraumorientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum
Autor: Flückiger, Silvio
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-800483

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialraumorientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum

Um den komplexen Ansprüchen gerecht zu werden, welche die Sozialraumorientierung an aufsuchend tätige Organisationen stellt, ist eine Auseinandersetzung mit Themen wie Sicherheit im öffentlichen Raum, Nutzungskonflikten und dem Einfluss, den das Verhalten der KlientInnen und der Bevölkerung darauf hat, unumgehbar. Eine Möglichkeit damit umzugehen, ist die Arbeit mit Doppelmandat, die eine aktive Einflussnahme sowohl auf die Situation der KlientInnen, wie auch auf die Situation im öffentlichen Raum ermöglicht.

Silvio Flückiger
Leiter Pinto, Stadt Bern, Direktion für Bildung, Soziales und Sport, Pinto, Schwarztorstrasse 23, CH-3007 Bern, silvio.flueckiger@bern.ch

Schlagwörter:
öffentlicher Raum | Sicherheit | Doppelmandat |

Neues Aufgabengebiet der Prävention

Aufsuchend tätige Organisationen werden im Sozialraum mit einer herausfordernden Situation konfrontiert, die unterschiedliche Ansprüche an die Arbeit stellt. Neben der klassischen, individuellen Arbeit mit den KlientInnen zur Verbesserung ihrer Lage, werden sie zunehmend mit dem Anspruch konfrontiert, den Sozialraum und das Verhalten der KlientInnen dahingehend zu bearbeiten, dass ihr Aufenthalt im öffentlichen Raum konfliktfrei möglich ist.

In der Prävention entsteht daraus ein zusätzliches, neues Aufgabengebiet. Es geht einerseits darum, die KlientInnen im öffentlichen Raum vor Repression, Ausgrenzung und Stigmatisierung zu schützen, andererseits darum, den Ansprüchen der Bevölkerung, der Politik und den verschiedenen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden. Beide Aufträge wahrzunehmen, erscheint auf den ersten Blick als unmöglicher Spagat und erfordert eine Abkehr vom Einzelmandat für die KlientInnen hin zu einem Doppelmandat. Speziell die Diskussionen rund um das Thema parteiliche Sozialarbeit versus allparteiliche Sozialarbeit oder gar die Unterteilung, mit der wir oft konfrontiert werden – inparteilich = gut für die KlientInnen, allparteilich = schlecht für die KlientInnen – greift hier zu kurz.

Sie verneint, dass die Lebensbedingungen der KlientInnen, welche sich im öffentlichen Raum aufhalten, nur verbessert werden können, wenn die Ansprüche aller Beteiligten gleichermassen berücksichtigt werden. Parteiliche Arbeit schützt die KlientInnen nicht ausreichend vor Repression, Ausgrenzung oder Stigmatisierung und vernachlässigt dadurch ein Themengebiet, das einen grossen Einfluss darauf hat, ob sich die Lebenssituation der KlientInnen verbessert oder verschlechtert.

Konfliktfreie Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen

Aktiv auf das Verhalten einzuwirken ist einer der Aufträge von Pinto, einer aufsuchend tätigen Institution, die neben dem sozialen auch einen vermittelnden und ordnungsdienstlichen Auftrag hat. Im Auftrag der Stadt Bern verfolgt Pinto das Ziel, eine konfliktfreie Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Ordnungsdienstliche Interventionen mit rein kommunikativem Charakter (d.h. keine Bussen, keine Wegweisungen etc., sondern das Aufmerksam Machen auf Fehlverhalten, das Thematisieren des Fehlverhaltens und die Aufforderung, das Verhalten zu ändern) sind dabei ein wichtiges Instrument. Sie dienen nicht nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen oder das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, sondern vor allem dazu, die KlientInnen vor polizeilicher Repression zu schützen und ihnen, indem sie sich an bestehende Regeln und Gesetze halten, einen konfliktfreien Aufenthalt im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Indem das geforderte Verhalten thematisiert, diskutiert und gemeinsam ausgehandelt wird, kann der Teufelskreis von «ich erlebe mich als Opfer von Repression und habe keinen Einfluss darauf, ob ich gebüsst oder weggewiesen werde» durchbrochen werden. Es entstehen neue Handlungsoptionen, was bei den KlientInnen zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und dessen Auswirkungen auf ihre Situation führt.

Auf Seiten der Bevölkerung, der AnwohnerInnen und des Gewerbes gilt es für Organisationen mit Doppelmandat einerseits, die Anliegen und Interessen dieser Gruppe ernst zu nehmen, andererseits, das Recht der Randständigen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, zu verteidigen. Diese Aufgabe ist unvergleichlich schwieriger als jene der ordnungsdienstlichen Intervention, da es sich bei der Bevölkerung und dem Gewerbe um eine weitaus grössere und machtvollere Gruppe handelt. Zudem bestehen oft diffuse Ängste und Vorurteile gegenüber randständigen Personen; diese abzubauen nimmt viel Zeit und Energie in Anspruch.

Ein Ziel der sozialraumorientierten Arbeit muss sein, ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben aller BenutzerIn-

nengruppen des öffentlichen Raumes sicherzustellen, bei dem nicht die Gruppenzugehörigkeit oder der soziale Status im Vordergrund stehen, sondern das Verhalten der ausschlaggebende Faktor ist. Untolerierbarem Verhalten[1] wie z.B. Beleidigungen, agressives Betteln, Pöbeln etc., egal von welcher Gruppierung, ist mit ordnungsdienstlichen Interventionen, Mediationen und Vermittlungen zu begegnen.

Doppelmandat bietet viele Chancen

Neben den beschriebenen Herausforderungen bietet die Arbeit mit Doppelmandat viele Möglichkeiten, die sowohl die Situation im öffentlichen Raum, die Situation der sich beschwerenden angrenzenden NachbarInnen, des Gewerbes, wie auch die Situation der KlientInnen verbessern kann.

Es gibt z.B. die Möglichkeit, den Sozialraum aktiv mitzugestalten und direkten Einfluss darauf zu nehmen, dass das Recht der KlientInnen, sich unbehelligt im öffentlichen Raum aufhalten zu können, respektiert wird. Hier bietet die Allparteilichkeit entscheidende Vorteile. Da sowohl die Anliegen der KlientInnen wie auch diejenigen der Bevölkerung, des Gewerbes und der Politik bearbeitet werden, entsteht ein breit abgestütztes Bild der Situation im öffentlichen Raum. Die breite Vernetzung, welche für die Arbeit mit Doppelmandat Voraussetzung ist und von der Polizei über Sozialdienste, Quartiervereine, Wirtschaftsorganisationen und soziale Institutionen bis hin zu politischen Gruppierungen reicht, ermöglicht eine umfassende Einflussnahme auf die Gestaltung des Sozialraumes. Allparteilich tätige Organisationen werden als Partner und Ermöglicher von Lösungsprozessen und nicht als Partei wahrgenommen und können ihren Einfluss so einfacher geltend machen und rascher Lösungen realisieren.

Konkurrenzdruck im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum ist geprägt durch eine ständige Konkurrenz verschiedener Nutzungsansprüche. Bahnhöfe – einst beliebter Treff- und Lebensmittelpunkt diverser Randgruppen – werden durch die starke Kommerzialisierung und dem Wunsch nach ungehindertem Konsum und ungestörten Passantenströmen zu Einkaufsmeilen umgebaut, Nischen werden baulich entfernt und selbst Sitzmöglichkeiten werden aufgehoben, damit ein längerer Aufenthalt unattraktiv bis unmöglich wird. Bei Störungen in Parkanlagen wird der Ruf nach strikter Durchsetzung von Parkordnungen oder gar die Schliessung zu Nachtzeiten gefordert, Toilettenanlagen, die auch durch Drogenkonsumierende aufgesucht werden, droht die Schliessung. Diese Liste liesse sich beliebig erweitern.

Verbote, Ausgrenzung und Vertreibung lösen aber kaum Probleme, sie verlagern sie meist nur. Den Sozialraum derart zu gestalten, dass allen Ansprüchen gerecht werden kann, ist auch Aufgabe der aufsuchenden Arbeit. Leider erschöpfen sich die Bemühungen dahingehend allzu oft in der Forderung nach offenen Räumen, dem Beklagen der Umstände auf der einen Seite und dem Ruf nach Repression und Vertreibung auf der anderen Seite. Die Verantwortung aufsuchend tätiger Organisationen kann nicht mit dem Auf-Missstände-aufmerksam-Machen, dem Fordern nach Freiraum und dem Beklagen der zunehmenden Einschränkung des Freiraumes enden. Es gilt aktiv auf die Situation einzuwirken. Das Doppelmandat erleichtert diese Aufgabe.

Beispiel öffentliche Toiletten

Randständige, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Gasse haben, sind auf eine gewisse Infrastruktur wie z.B. Toilettenanlagen angewiesen. Da diese aber auch zum Konsumieren

von Drogen oder zum Übernachten zweckentfremdet werden, besteht die Tendenz, diese durch die Behörden zu schliessen oder abzubauen. Wird den Randständigen aber die Möglichkeit genommen, öffentliche Toiletten zu benutzen, verschlechtert sich deren Hygienesituation und Störungen durch wildes Urinieren – auch durch Personen, welche Toiletten im normalen Rahmen genutzt haben, sind vorprogrammiert. Die Schliessung von öffentlichen Toilettenanlagen zu verhindern, ist mit Teil der Aufgabe aufsuchend tätiger Organisationen. Dazu gehören einerseits die Forderung, davon abzusehen, aber andererseits auch Interventionen zur Verhinderung des Drogenkonsums, die Entfernung von Spuren des Drogenkonsums, die Kommunikation von Nutzungsregeln und das Aufmerksam-Machen auf alternative Konsummöglichkeiten, z.B. Drogenanlaufstellen etc. Diese Massnahmen führen meist dazu, dass die Toiletten sauberer sind, es zu weniger Zweckentfremdung kommt, die Reklamationen abnehmen und die Anlage im Interesse aller weiter betrieben wird.

Alternative Aufenthaltsmöglichkeiten und die Rolle der aufsuchenden Arbeit

Ein sinnvolles Ziel sowohl aus sozialarbeiterischer Sicht wie auch hinsichtlich der subjektiven Sicherheit ist, dass die KlientInnen ihre Zeit nicht nur im öffentlichen Raum verbringen. Damit dies realisiert werden kann, ist es zwingend notwendig, den KlientInnen alternative Aufenthaltsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Hier kann die aufsuchende Arbeit gestaltend mitwirken, indem sie auf fehlende Angebote aufmerksam macht, die Anpassung von Öffnungszeiten an die Situation im öffentlichen Raum fordert oder im Umfeld der Angebote mit intensiver Arbeit verhindert, dass Ansammlungen oder störendes Verhalten von KlientInnen den Fortbestand der Institution gefährden. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, bei Beschwerden über die Auswirkungen der Institutionen auf den öffentlichen Raum den direkten Kontakt zu den Beschwerdeführenden zu suchen, zwischen den NutzerInnengruppen und der Institution zu vermitteln oder mit ordnungsdienstlichen Interventionen direkt auf die Situation einzuwirken.

In Bern tragen verschiedene alternative Aufenthaltsangebote entscheidend dazu bei, dass sich sowohl die Lage im öffentlichen Raum entspannt, als auch die Situation der BenutzerInnen dieser Angebote stark verbessert werden kann.

So besteht in der Stadt Bern für alkoholabhängige Personen ein betreuter Aufenthaltsraum[2] der von Montag bis Samstag zwischen 12:00 und 19:00 Uhr geöffnet ist. Neben der Rückzugsmöglichkeit wird auch täglich Essen angeboten. Die Kontakt- und Anlaufstelle[3] bietet drogenabhängigen Personen von Montag bis Samstag zwischen 14:30 und 22:00 Uhr und am Sonntag zwischen 16:00 und 20:00 Uhr die Möglichkeit, Abstand vom Stress der Strasse zu nehmen und in einem sozialarbeiterisch und medizinisch gut betreuten Rahmen Drogen in kleinen Mengen zu kaufen und zu konsumieren. Auch hier werden täglich Mahlzeiten angeboten. Weitere Angebote wie offene Treffpunkte für Menschen in schwierigen Situationen sorgen dank der gestaffelten Öffnungszeiten tagsüber für fast durchgehend alternative Aufenthaltsmöglichkeiten.

Die positive Wirkung von alternativen Aufenthaltsmöglichkeiten auf die soziale Situation der KlientInnen und auf die Situation im öffentlichen Raum ist nicht zu unterschätzen. Da die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum während ihrer Öffnungszeiten deutlich zurückgehen, ist jedoch die Gefahr gross, sie als Instrument zur Erhöhung der Sicherheit zu missbrauchen. Speziell Gruppierungen und Einzelpersonen, die in Nutzungskonflikte mit randständigen Personen verwickelt sind, fordern immer wieder, die Öffnungszeiten auszubauen und bestehende Zutrittsbeschränkungen aufzuheben. Die Benutzung dieser Angebote muss aber freiwillig bleiben und darf lediglich eine alternative Rückzugsmöglichkeit bieten. Das Ziel muss bleiben, Ausgrenzung zu verhindern, nicht zu erleichtern. Alle Personen müssen dieselben Rechte haben, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sich dort frei zu bewegen, selbst wenn dies zu vermehrten Nutzungskonflikten führen kann.

Beispiel eines Nutzungskonflikts

Auf einem Friedhof kam es vermehrt zu Sachbeschädigungen, Sprayereien und Lärmklagen. Die Polizei musste mehrmals ausrücken und stellte fest, dass es sich bei den Urhebern der Störung um eine Gruppe Jugendlicher handelt. Um sie nicht zu früh zu kriminalisieren, kontaktierte uns die Polizei. Das Ziel war, die Situation zu verbessern ohne das Anzeigen oder Bussen verteilt werden. Die Analyse zeigte, dass sich Mitglieder der Gruppe ab 17:00 Uhr an zwei verschiedenen Tankstellen treffen. Es gelang uns und der aufsuchenden Jugendarbeit, Kontakt zu den Jugendlichen aufzunehmen und abzuklären, wer sie sind. Sie wurden auf Angebote der Jugendarbeit aufmerksam gemacht und Themen wie Ausbildung, Arbeit aber auch Nutzungsregeln konnten in einem ruhigen Rahmen besprochen werden.

Ab 20:00 Uhr konnten dieselben Jugendlichen in einem Park erneut angetroffen werden. Hier bestand ein kleiner Konflikt betreffend Lärm und Littering. Dieser wurde diskutiert und es konnten erneut Angebote für einen Aufenthalt in einem Jugendtreff gemacht werden.

Ab 22:00 Uhr konnten die Jugendlichen dann in der gesamten Gruppe auf dem Friedhof angetroffen werden. Gemeinsam mit dem Friedhofspersonal wurden Regeln vereinbart, welche den Jugendlichen den Aufenthalt weiterhin ermöglichten. Es wurde ihnen ein noch weitgehend unbenutztes Gebiet des Friedhofs angeboten – das Angebot war aber an konkrete Forderungen wie kein Littering, kein Lärm etc. geknüpft. Wir mussten zu Beginn relativ oft ordnungsdienstlich intervenieren. Mit der Zeit wurden die Regeln aber gut respektiert und die Gruppe konnte sich weiter auf dem Friedhof aufhalten.

Bearbeitung des Sozialraums mit Doppelmandat erfordert eine erweiterte Betrachtungsweise des öffentlichen Raums

Damit beiden Mandaten Rechnung getragen werden kann, ist eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation im öffentlichen Raum unabdingbar. Soziale und vermittelnde oder ordnungsdienstliche Interventionen können zwar durchaus parallel zueinander stattfinden, in der täglichen Arbeit lassen sich aber Zeiten und Orte definieren, an denen eher sozialarbeiterisch, vermittelnd oder ordnungsdienstlich interveniert werden kann. Zusätzlich zur Frage, wo KlientInnen angetroffen werden, muss in der Planung berücksichtigt werden, wo Nutzungskonflikte bestehen oder entstehen können. Dies erfordert eine erweiterte Analyse der Situation im öffentlichen Raum.

Als einfaches aber im Alltag taugliches Mittel hat sich eine Analyse anhand geografischer Punkte, einer zeitlichen Achse und deren Verknüpfung gut bewährt.

Anhand der Orte, an denen sich KlientInnen vermehrt aufhalten und der Transitwege, die sie in grösseren Gruppen zurücklegen, werden geografische Punkte definiert, an denen die Zielgruppen direkt erreicht werden können. Zusätzlich wird überprüft, wo an diesen Punkten Nutzungskonflikte bestehen oder entstehen können.

Die zeitliche Achse benennt, wann sich die KlientInnen an den bestimmten Orten aufhalten, wie lange sie sich dort aufhalten und wann grössere Verschiebungen stattfinden. Zusätzlich wird auch hier überprüft, wann Nutzungskonflikte bestehen

und wann solche entstehen können.
Werden die beiden Faktoren Zeit und Ort miteinander kombiniert, ergibt sich ein gesamtheitliches Bild der Situation. Es lassen sich vereinfacht dargestellt drei Kategorien identifizieren:

1. Orte und Zeiten, an welchen sich kleinere Gruppen von KlientInnen ohne Konflikte im öffentlichen Raum aufhalten. Diese Orte bieten ideale Bedingungen für soziale Interventionen.
2. Orte und Zeiten, an denen sich KlientInnen aufhalten an denen Nutzungskonflikte entstehen können. Solche Orte erfordern eine stärkere Fokussierung auf die Interessen der verschiedenen NutzerInnengruppen, die Vermittlung zwischen den potentiellen Konfliktparteien und die Förderung von Akzeptanz und Toleranz untereinander. Zudem können hier mit allen Parteien Regeln diskutiert und vereinbart werden, die zum Erhalt eines konfliktfreien Zusammenlebens eingehalten werden müssen. Soziale Interventionen sind hier problemlos möglich, stehen aber in Konkurrenz zum Auftrag, Konflikte zu verhindern.
3. Orte und Zeiten mit bestehenden Nutzungskonflikten: Hier steht die Aufgabe im Vordergrund, den Nutzungskonflikt zu bearbeiten und zu lösen. Schwerpunkt der Arbeit ist es, den Konfliktparteien mittel- und langfristig zu ermöglichen, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, mit der beide Seiten leben können. Neben der vermittelnden Tätigkeit werden hier zur kurzfristigen Beruhigung der Situation auch ordnungsdienstliche Interventionen notwendig. Soziale Interventionen sind auch hier möglich, der Fokus liegt aber klar auf der Bearbeitung des Nutzungskonflikts.

Anhand der Grobunterteilung in die drei Kategorien wird ersichtlich, dass allparteiliche Arbeit nicht nur für die aufsuchend arbeitenden Personen eine grosse Herausforderung darstellt, sondern auch für die KlientInnen. Der manchmal fliessende Wechsel zwischen Hilfsangeboten, Unterstützung und ordnungsdienstlichen Interventionen stellt hohe Anforderungen an die Beziehungsarbeit auf beiden Seiten. Werden die verschiedenen Aufgaben seitens der aufsuchend tätigen Institutionen aber klar und transparent kommuniziert, ist eine kontinuierliche Beziehungsarbeit zu den KlientInnen gut möglich, auch wenn der Aufwand, stabile Beziehungen aufzubauen und zu erhalten, höher ist, als wenn parteilich gearbeitet wird.

Herausforderung, Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Die Aufgabe, sowohl die Lebenssituation der KlientInnen zu verbessern, wie auch den Sozialraum zu bearbeiten, erfordert eine sehr breite Vernetzung.

Zusätzlich zu den klassischen Partnern sozialer Arbeit, muss das Feld der Vernetzungspartner auf diejenigen Institutionen und AkteurInnen erweitert werden, welche entscheidenden Einfluss auf den Sozialraum haben. Neben Sicherheitsorganisationen wie der Polizei oder privaten Sicherheitsdiensten sind Quartiervereine, Gewerbeverbände, Nachbarschaftsorganisationen, politische Gruppierungen, die städtische Verwaltung oder Liegenschaftsverwaltungen wichtige Vernetzungspartner.
Die grösste Herausforderung stellt aber nicht der grosse Kreis der Vernetzungspartner dar, sondern die effiziente Zusammenarbeit. Speziell wenn Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum bearbeitet werden, sehen die verschiedenen AkteurInnen zu Beginn der Zusammenarbeit oft wenig Sinn darin.

Zu weit scheinen die Aufträge und Anliegen von sozialen Institutionen, der Polizei und direkt betroffenen Personen oder Organisationen auseinanderzuliegen.
Die aufsuchende Arbeit mit Doppelmandat dient hier als Bindeglied und kann beweisen, dass die Zusammenarbeit durchaus Sinn macht und sich die Situation sowohl in Bezug auf Sicherheit wie auch in Bezug auf die soziale Situation unter Einbezug aller Interessen nachhaltig verbessern lässt.

Soziale Interventionen, welche primär darauf ausgerichtet sind, die Lebensbedingungen Einzelner zu verbessern, führen oft dazu, dass die betroffenen KlientInnen wieder Anschluss an Institutionen finden, ihre Wohnsituation verbessern oder alternative Aufenthaltsmöglichkeiten wahrnehmen. Dadurch halten sie sich weniger im öffentlichen Raum auf, was sich im Gegenzug positiv auf Nutzungskonflikte auswirken kann. (Ein Drogenabhängiger kann jährlich dutzende ordnungsdienstlicher Interventionen auslösen, die wegfallen, wenn er einen Entzug und eine Therapie macht).
Obschon primär der Nutzungskonflikt bearbeitet wird, verbessert sich durch die vermittelnde aber auch ordnungsdienstliche Arbeit wiederum auch die soziale Situation der KlientInnen. Sie erhalten die Möglichkeit, sich direkt mit den sich Beschwerenden auszutauschen. Damit können Vorurteile abgebaut werden und es werden Verhaltensregeln ausgehandelt, die den KlientInnen den weiteren Aufenthalt im öffentlichen Raum ermöglichen, ohne dass sie ausgegrenzt werden oder polizeiliche Repression notwendig wird.
Speziell jene AkteurInnen, die zu Beginn einer Zusammenarbeit oft Repression als einziges Mittel der Lösung eines Nutzungskonflikts sehen, kommen dank der intensiveren Auseinandersetzung mit den Gründen des Nutzungskonflikts und der sozialen Situation der KlientInnen sehr oft zur Einsicht, dass rein repressives Vorgehen zu Vertreibung und Ausgrenzung führt, was die Probleme letztlich nicht löst, sondern nur verlagert.
Das Resultat der Zusammenarbeit sind sicherlich nicht rasche Lösungen. Der Lösungsprozess kann einige Wochen aber auch mehrere Monate oder in komplexen Einzelfällen gar Jahre in Anspruch nehmen aber es sind Lösungen, die den Anliegen der verschiedenen Vernetzungspartner gerecht werden.

Ausblick

Aus Sicht der Sozialraumorientierung ist es für aufsuchend tätige Organisationen unumgehbar, sich auch mit der Sicherheitslage im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen.

Dies bedeutet einen grossen Aufwand, bietet aber auch viele Möglichkeiten, aktiv auf den Sozialraum einzuwirken. Die Arbeit mit Doppelmandat ist sicherlich nicht die einzige Form, mit der Veränderungen im Sozialraum aktiv gestaltet werden können, es ist aber eine effiziente Möglichkeit.
Entscheidend ist, das beide Mandate gleich stark gewichtet, die Prioritäten anhand der zu bearbeitenden Situation gesetzt und immer von allen Beteiligten dieselben Rechte und Pflichten eingefordert werden.
Die Diskussion muss darüber geführt werden, wie weit der Auftrag aufsuchend tätiger Organisationen in den Bereich Sicherheit ausgeweitet wird. Diese Ausweitung der Aufgaben ist mit erheblichem Aufwand verbunden, der die Organisationen und ihre MitarbeiterInnen vor neue Herausforderungen stellt.

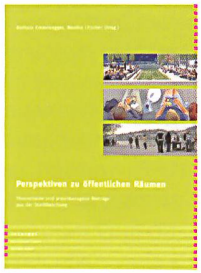
Unterstützung, Hilfeleistungen und Prävention sind auch in Kombination mit Vermittlung, Mediation und ordnungsdienstlicher Tätigkeit gut möglich. Das beweisen viele Organisationen, die auf diese Weise arbeiten.[4] Das Feld der Sicherheit wird in der sozialen Ausbildung zwar nicht explizit behandelt, neu ist es aber nicht. SozialpädagogInnen, die in Institutionen arbeiten, in denen es Hausregeln gibt, werden täglich damit konfrontiert.
Sie unterstützen, nehmen Einfluss auf den Sozialraum und sanktionieren Verletzungen der Regeln. Aufsuchend tätige Organisationen mit Doppelmandat arbeiten nicht viel anders – auch sie unterstützen, gestalten den Sozialraum und setzen Regeln durch, nur, dass die Arbeit im öffentlichen Raum stattfindet und die Situation dort um ein Vielfaches komplexer ist.●

Endnoten

1 Definiert wird es einerseits über die Gesetze, andererseits ist es im Ermessen der MitarbeiterInnen bei Pinto.
2 La Gare – Alkoholikertreff des Contact Netz: www.tinyurl.com/akxv6hp
3 Kontakt- und Anlaufstelle des Contact Netz: www.tinyurl.com/ag8ezya
4 Nebst Pinto sind hier z.B. auch SIP Zürich (www.stadt-zuerich.ch/sip) und SIP Biel (www.tinyurl.com/bmm026m) zu erwähnen. SIP steht für «Sicherheit, Intervention, Prävention».

Bücher zum Thema

Sozialraum. Eine Einführung. Lehrbuch
Kessl, Fabian / Reutlinger, Christian
2010 (2. Aufl.), VS Verlag, 135 S.
Von Sozialräumen ist in den letzten Jahren sowohl wissenschaftlich als auch politisch verstärkt die Rede. Es zeichnet sich die Herausbildung eines post-wohlfahrtsstaatlichen Arrangements ab, das zunehmend Räume «unterhalb» des Nationalstaats in den Blick rückt. Diese veränderte Rede vom Raum und die damit verbundenen veränderten Raumordnungen werden hier am Beispiel der Sozialen Arbeit vorgestellt: Was ist eigentlich gemeint mit Sozialraum und einer daran ausgerichteten Neuorientierung Sozialer Arbeit? Warum werden in der Sozialen Arbeit wie in der Sozialpolitik räumliche Dimensionen immer relevanter? Diese Fragen werden mit dieser Einführung für Studierende wie Fachkräfte beantwortbar. Damit wird der Kontext der aktuellen Sozialraumdebatten verdeutlicht. Eine solche Kontextualisierung und eine daraus folgende (politische) Positionierung sind die Voraussetzung für eine reflexive, d.h. professionelle räumliche Haltung.



Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisbezogene Beiträge aus der Stadtforschung
Barbara Emmenegger/Monika Litscher (Hrsg.)
2011, interact, 250 S.
In dem Sammelband werden die Ergebnisse zweier anwendungsorientierter Forschungsprojekte zum öffentlichen Raum vorgestellt, die vom Kompetenzzentrum Stadt- und Regionalentwicklung der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit durchgeführt wurden: «Nutzungsmanagement im öffentlichen Raum – Strategien und Instrumente für den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum» und «Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen». Die Studien befassen sich mit Wirkungszusammenhängen sozialräumlicher Entwicklung. Der Blick wird mit Beiträgen von StadtforscherInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz auf Aspekte des dynamischen, komplexen und prozesshaften Konstrukts öffentlicher Räume und der mit Interessen- und Nutzungskonflikten verbundenen Herausforderungen erweitert.